



Echt pleite?

Warum viele Väter für ihre Kinder keinen Unterhalt zahlen. Seite 3

Foto: 123rf/iliyuha

Rebellische Mieter

In Berlin wehren sich Betroffene gegen Verdrängung, auch mit einer Partei. Seite 11

Kunst der Krise

Eine Schau über das »goldene Zeitalter« Spaniens. Seite 15

Foto: Paolo Manusardi

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 12. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 214

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zwang zu Optimismus

René Heilig zum Sieg Russlands und der USA über sich selbst

Bisweilen verbindet die Geschichte Daten so miteinander, als wolle sie sagen: Menschen, bedenkt die Folgen! Am Sonntag erinnerte man sich weltweit der Opfer des 11. September 2001. Vor 15 Jahren dann zog der Westen in den Krieg gegen islamistischen Terror – und belebte ihn doch nur. Mord und Zerstörung eskalierten. Gerade in Syrien ist die Lage so verworren, dass kaum noch jemand erklären kann, wer da mit wem gegen wen und wofür mordet.

In dieser Situation haben Russland und die USA, zwei Staaten mit widerstreitenden Interessen in der Region, eine Einigung über einen Waffenstillstand erzielt. Natürlich ist die nur ein hauchdünner Faden, an dem – vorausgesetzt, der IS und andere extreme Terrorgruppen werden militärisch besiegt – die Chance zu einer Art Frieden hängt. Man findet tausend und mehr Gründe, um vorherzusagen, dass der Faden nicht hält. Schon weil das Abkommen so viele andere Parteien ungefragt einbezieht. Die Alternative zum Schweigen der Waffen wären weiterer Völkermord, Elend und Vertreibung.

Die so mühsam erreichte Verständigung zwischen Kerry und Lawrow trägt noch eine andere Hoffnung von globaler Bedeutung in sich. Russland und die USA haben sich nach der Lösung der Iran-Frage nun auch beim Thema Syrien auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Zugegeben vage und noch strahlt das natürlich nicht auf Europa aus. Doch haben Politiker beider Seiten seit langem mal wieder gefühlt, wie gut es tut, über sich hinauszugehen.

UNTEN LINKS

Sigmar Gabriel hat jetzt einmal richtig auf den **Ministertisch** gehauen und in Richtung der Union praktisch alles an Ultimatum, Stirnbieten und Kritikandrohung losgelassen, zu dem ein Sozialdemokrat fähig ist: »Ich werde da ganz ernsthaft fragen, wie weit die Banalisierung der Politik eigentlich noch getrieben werden soll.« Das Interesse des SPD-Mannes ist berechtigt, immerhin befindet er sich selbst ja auch im Wettbewerb mit denen, die sich jener sinnlosen, inhaltsleeren Plattitüden bedienen, die man eine Banalität nennt und die Gabriel gemeint haben muss. In Wahlkämpfen findet die Konkurrenz darum gewissermaßen ihr Olympia. Und da muss auch die SPD wissen, was gerade angesagt ist. Zudem werden immer neue Tricks erfunden. Aber um auf Gabriels Frage zurückzukommen, »wie weit die Banalisierung der Politik noch getrieben werden soll«, sei an dieser Stelle ausnahmsweise einmal ein CDU-Minister zitiert: Ein Teil der Antworten würde die Bevölkerung verunsichern. *tos*

Hoffnung auf ein Überleben

Bomben vor der Waffenruhe – ab Montag soll der Syrienkrieg weitgehend innehalten



Stunden vor dem Waffenstillstand. Die Angst ist allgegenwärtig.

Foto: AFP/Ameeer Alhalbi

Berlin. Am Montag beginnt Eid al-Adha, das sogenannte Opferfest. Es ist das höchste islamische Fest und wird in diesem Jahr – so die Hoffnung – eine noch größere Bedeutung erlangen, denn: US-Außenminister John Kerry und sein russischer Kollege Sergej Lawrow hatten sich am Freitagabend nach Marathonverhandlungen auf eine Waffenruhe für das Bürgerkriegsland Syrien verständigt. Die Feuerpause soll am Montag beginnen und die Versorgung von Menschen in eingeschlossenen Regionen mit Hilfsgütern ermöglichen.

Die USA und Russland unterstützen in Syrien entgegengesetzte Seiten. Während Mos-

kau ein enger Verbündeter von Präsident Bashar al-Assad ist, stützt Washington Anti-Assad-Rebellen. Ein Waffenstillstand, den die Konfliktparteien im Februar auf Vermittlung der USA und Russlands vereinbart hatten, ist nicht eingehalten worden.

Nun ein neuer Anlauf, möglicherweise auch für Friedensverhandlungen. Die syrische Regierung – so die die staatliche Nachrichtenagentur SANA – »billigte« die Waffenruhe. Iran, das das Assad-Regime unterstützt, begrüßte sie gleichfalls, warnte aber davor, dass der Islamische Staat sie ausnutzen könne. Von Oppositionsgruppen kamen unterschiedliche

Signale. Die Einigung sei hoffentlich »der Anfang vom Ende des Leidensweges der Zivilisten«, hieß es beim Hohen Verhandlungskomitee (HNC).

Wird die Vereinbarung eine Woche lang »in vollem Umfang« eingehalten, wollen die USA mit dem russischen Militär kooperieren, eine gemeinsame Einsatzzentrale bilden und die Luftangriffe koordinieren.

Bei Luftangriffen auf Rebellengebiete im Norden Syriens waren am Wochenende nach Angaben von Beobachtern erneut rund 100 Zivilisten getötet worden. Ziele der Angriffe lagen in Idlib und Aleppo. *hei* Seite 7

Erneut wird Fabrik zur Todesfalle

Bangladesch: Opfer bei Feuer in Werk für Verpackungen, das auch für europäische Firmen produziert

Immer wieder ereignen sich Brände und Fabrikeinstürze im südasiatischen Bangladesch. Schuld daran ist auch die Preispolitik westlicher Hersteller.

Dhaka. In einer Fabrik in Bangladesch hat sich eine Brandkatastrophe ereignet: Durch das Feuer in der Verpackungsfabrik Tampaco Foils Limited in der Industriestadt Tongi nahe Dhaka starben am Samstag mindestens 29 Menschen, rund 70 wurden verletzt. Zum Zeitpunkt des Unglücks hatten rund hundert Menschen in dem Gebäude gearbeitet. Der Brand war offenbar durch die Explosion eines Boilers ausgelöst worden.

Die Feuerwehr befürchtet, dass die Opferzahl noch steigt. Mit der Suche nach weiteren Toten konnte am Sonntag noch nicht begonnen werden. Es gebe noch einige Brandherde, die meisten Wände seien eingestürzt.

Das Feuer brach nach Polizeiangaben im Heizungsraum der

Tampaco Foils Limited aus. Die Polizei vermutet, dass im Erdgeschoss leicht brennbare Chemikalien gelagert wurden. Daher habe sich das Feuer rasend schnell ausgebreitet. Ein Ausschuss soll nun die Brandursache untersuchen und ermitteln, ob Brandschutzbestimmungen eingehalten wurden.

In der Fabrik wurden Plastikverpackungen hergestellt. Tampaco Foils belieferte auch ausländische Unternehmen wie Nestlé und den Zigarettenproduzenten British-American Tobacco.

Immer wieder gibt es in Fabriken des Landes schwere Unfälle. Im April 2013 stürzte der Fabrikkomplex Rana Plaza ein, 1138 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt. Im November 2012 kamen bei einem Brand in einer Textilfabrik in Ashulia mindestens 113 Menschen ums Leben. Nach dem Unglück im Rana Plaza hatten westliche Firmen ihre Sicherheitsauflagen für die Zulieferer in Bangladesch verschärft.

Die Polizei vermutet, dass im Erdgeschoss leicht brennbare Chemikalien gelagert wurden.

Opfer des Brandes in einer pakistanischen Textilfabrik zahlt. Darauf habe sich das Unternehmen vier Jahre nach dem Unglück mit Vertretern der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Entwicklungshilfeministerium sowie Opfervertretern geeinigt, teilte Firmenchef Patrick Zahn mit.

Bei dem Feuer waren am 11. September 2012 in der pakistanischen Textilfabrik Ali Enterprises über 255 Beschäftigte getötet und 57 verletzt worden. Nach dem Brand hatte KiK eine Million Dollar bereitgestellt. Die Firma war Hauptkunde von Ali Enterprises. Die Betroffenen hielten die Zahlung jedoch nicht für ausreichend. Die Zahlung hat keinen Einfluss auf die vor dem Landgericht Dortmund anhängigen Schmerzensgeldklagen von vier Betroffenen.

Auch die Opfer des Brandes in Ashulia mussten lange auf Entschädigung warten: Über drei Jahre nach dem Unglück wurden 582 Angehörige der Toten und 174 verletzte Arbeiterinnen mit ungerechnet insgesamt zwei Millionen Euro entschädigt. Den größten Teil davon zahlten C&A und die in Hongkong ansässige Fung-Stiftung; KiK, Walmart und El Corte Ingles steuerten nur einen kleinen Teil bei, andere Firmen gar nichts. *Agenturen/nd*

CSU beharrt auf Asylbergrenze

Strittige Themen wurden bei Treffen im Kanzleramt verhandelt

Berlin. Der Vorstand der CSU hat am Wochenende einstimmig eine Verschärfung der Zuwanderungspolitik beschlossen und damit den Flüchtlingsstreit in der Großen Koalition befeuert. Parteichef Horst Seehofer beharrte am Sonntag unmittelbar vor dem Treffen der Koalitionsspitzen in Berlin auf einer Obergrenze für Flüchtlinge, die bei 200 000 pro Jahr liegen soll. Doch beim zweistündigen Treffen im Kanzleramt wurde der Flüchtlingsstreit dann ausgeklammert. Auch andere unterschiedlich betrachtete Themen hat man verhandelt. Anfang Oktober wolle man sich zu einem weiteren Spitzengespräch treffen.

Die CSU fordert weiter ein »Begrenzungs- und Steuerungsgesetz« und »Transitzonen« an der Grenze. In einem Papier zur Asylpolitik heißt es: »In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis.« Eine Visa-Liberalisierung für die Türkei lehnt die CSU ab. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll abgeschafft werden, »Multikulti-Sonderformate« werden abgelehnt. *nd* Seite 5

Wahlkampf bei den Grünen gestartet

Parteibasis stimmt über die Spitzenkandidaten für 2017 ab

Berlin. Am Samstag haben die Delegierten der Grünen bei einem Kleinen Parteitag in Berlin einstimmig die Urwahl ihres Spitzenkandidatenduos für die Bundestagswahl 2017 beschlossen. Die vier Bewerber sind Parteichef Cem Özdemir, die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Anton Hofreiter und Katrin Göring-Eckardt, sowie der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck. Özdemir forderte seine Partei dazu auf, sich nicht in »irrsinnige Flügeldebatten« zu verstricken, sondern geschlossen aufzutreten. Koalitionsdiskussionen sollten erst nach der Wahl geführt werden.

Hofreiter, einziger Kandidat des linken Flügels, präsentierte sich als Verteidiger der Europäischen Union. Angesichts des Vormarschs rechter Parteien in Europa warnte er vor einem »Rückzug in die Nationalstaaten«. Ohne die EU ließen sich die aktuellen Probleme nicht lösen. Das Ergebnis der Urwahl wird im Januar 2017 feststehen. Bis dahin stellen sich die Bewerber bei mehreren Urwahlforen vor. *nd* Seiten 4 und 5

Kipping lobt den Wert der Muße

Plädoyer für neue Arbeitsteilung

Berlin. Die Co-Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping hat sich für eine andere Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen ausgesprochen. »Solange die 90-Stunden-Woche als Standard in Führungsämtern gilt, geht ein Führungsamt für Frauen in der Regel mit Verlusten im Familienleben einher«, sagte Kipping im Interview mit »neues deutschland«. Nötig sei eine Umverteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern und eine Arbeitszeitverkürzung. Dies würde jeder und jedem die Möglichkeit geben, sich anderen wichtigen Bereichen zu widmen, »namentlich der Familienarbeit, der Muße und der politischen Einmischung«, so Kipping.

Die Linkspartei-Chefin sprach sich auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. »Das Grundeinkommen kann den Einzelnen und die Einzelne in die Lage versetzen, Nein zu sagen. Die unmittelbare existenzielle Erpressbarkeit – im Erwerbsleben oder in familiären Zusammenhängen – hört auf«, so Kipping. Davon würde gerade Frauen profitieren. *nd* Seite 2

ISSN 0323-3375

